

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Sönke Rix, Daniela Kolbe (Leipzig),
Martin Gerster, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/1788 –**

Rechtsextremismus im Internet

Vorbemerkung der Fragesteller

Der Rechtsextremismus hat in Deutschland neue Dimensionen erreicht. Die Entwicklung ist ein Resultat des sich vollziehenden gesellschaftlichen Wandels. Soziale Desintegration, Arbeits- und Perspektivlosigkeit bereiten den Boden für eine neue, aggressive Werbestrategie der extremen Rechten. Zu einem bedeutsamen Informations-, Werbe-, und Kommunikationsinstrument ist dabei das Internet geworden. Damit ist die Verbreitung der rechtsextremen Ideologie nicht mehr nur ein nationales Problem. Strafbare Inhalte liegen auf ausländischen Servern. Alltags- und lebensorientierte Angebote werden auf inländischen Webseiten verbreitet. Unter dem Deckmantel von Kameradschaften werden Jugendliche mit vermeintlichem Halt und Orientierung gelockt. Wo aktive Jugendarbeit fehlt, füllen rechtsextreme Jugendorganisationen die hinterlassenen Lücken mit Freizeitangeboten. Die Aufrufe dazu erfolgen größtenteils über das Internet und dessen Sozialen Netzwerken, wobei aber auch die Anzahl von Neugründungen rechtsextremer Onlineplattformen weiter rasant steigt. Das zeigt, dass der Rechtsextremismus im Internet kein kurzlebiges Problem ist.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Im Laufe der letzten zwei Jahrzehnte hat das Internet für Rechtsextremisten in Deutschland auch im Zusammenhang mit der internen Kommunikation, Organisation, Vernetzung sowie der Werbung neuer Sympathisanten, der Propaganda und stark an Bedeutung gewonnen. Im Jahr 1995 vermerkte das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) erstmals, dass auch in Deutschland ansässige rechtsextreme Gruppen das Internet nutzen. Eine verstärkte Agitation im World Wide Web lässt sich in Deutschland seit 1997 beobachten (Fromm/Kernbach 2001: 14), im Jahr 2000 stufte das BfV das Internet – neben volksverhetzender Musik – als das wichtigste Medium zur Vermittlung und zum Austausch rechtsextremistischer Inhalte ein. Seit 2002 bezifferte das Bundesamt für Verfassungsschutz die Anzahl der von Deutschen betriebenen rechtsextremistischen Homepages

auf rund 1 000, wobei innerhalb dieser Gesamtzahl eine hohe Fluktuation von Internetpräsenzen beobachtet wird (Verfassungsschutzberichte 2002 bis 2008).

Dieser Bedeutungszuwachs ist insbesondere vor dem Hintergrund des allgemein hohen Anstiegs der Internetnutzung zu sehen. Darüber hinaus wird das Internet von Rechtsextremisten verwendet, um schnell, weitgehend risikolos und anonym sowie ohne hohen Kostenaufwand über die hohe Breitenwirkung des World Wide Web eine Vielzahl von Nutzer/Nutzerinnen anzusprechen und zu erreichen. Da gerade jüngere Menschen das Internet stark nutzen, existieren vielfach Versuche, die rechtsextremen Seiten insbesondere für Jugendliche attraktiv zu gestalten – so z. B. durch herunterladbare Musik im MP3-Format, Videoplattformen oder durch rechtsextreme Gewaltcomputerspiele.

Für die Bundesregierung ist eine vertrauenswürdige, leistungsfähige und sichere Informations- und Kommunikationstechnologie und der kompetente Umgang damit von hervorgehobener Bedeutung. Ziel ist es, Vertrauen, Freiheit und Sicherheit auch im Internet zu gewährleisten. Auf dem Weg zu einer Gesamtstrategie wurde deshalb im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums des Innern die Dialogreihe „Perspektiven deutscher Netzpolitik“ gestartet. Im Dialog mit Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Verwaltung und Wirtschaft sollen Schwerpunkte und Handlungsbedarfe identifiziert und Grundsatzfragen erörtert werden. Das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) geplante Forum Internet wird unter dem Gesichtspunkt Chancen und Herausforderungen in gemeinsamer Verantwortung innovative Handlungsstrategien zum Kinder- und Jugendschutz im Internet sowie zu Bildung und Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der digitalen Welt entwickeln. Auch die Einrichtung der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ durch den Deutschen Bundestag ist ein wichtiger Schritt, um politische Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen der Informationsgesellschaft in Deutschland zu erarbeiten. Dies gilt umso mehr, als dort dem Themenfeld „Jugend und Medien“ und der Stärkung der Medienkompetenz junger Menschen breiter Raum eingeräumt wird.

1. Wie reagiert die Bundesregierung auf die Strategie rechtsextremer Kreise, ihre Ideologie über das Internet zu verbreiten?
2. Welche Schritte hält die Bundesregierung für die wichtigsten im Kampf gegen rechtsextremistische Inhalte im Internet?
5. Welche langfristigen Strategien im Kampf gegen Rechtsextremismus im Internet bestehen neben jugendschutz.net?
11. Welche Strategien hat die Bundesregierung bisher gegen Aufrufe zur Gewalt von Rechtsextremen im Internet umgesetzt?
12. Welche Zusammenarbeit besteht zwischen privaten und staatlichen Initiativen im Kampf gegen Rechtsextreme im Internet?

Die Fragen 1, 2, 5, 11 und 12 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Das Internet stellt für Rechtsextremisten eine bedeutende Plattform zur Verbreitung ihrer Ideologie, Mobilisierung ihrer Anhänger und Werbung neuer Sympathisanten dar.

Die Anzahl der von Deutschen betriebenen rechtsextremistischen Internetpräsenzen ist seit Jahren mit etwa 1 000 in etwa konstant, wobei innerhalb dieser Gesamtzahl weiterhin eine äußerst hohe Fluktuation der rechtsextremistischen Homepages zu beobachten ist.

Insgesamt ist der Anteil der deutschen rechtsextremistischen Homepages mit strafbaren Inhalten in den letzten Jahren rückläufig. Dieser Rückgang dürfte auch auf intensivierte Bekämpfungsmaßnahmen seitens der deutschen Sicherheitsbehörden zurückzuführen sein. Dazu zählen insbesondere die kontinuierliche Beobachtung von rechtsextremistischen Internetinhalten durch den Verfassungsschutz sowie ein verstärkter Kontroll- und Fahndungsdruck seitens der Polizei. Strafrechtlich relevante Aufrufe zur Gewalt durch Rechtsextremisten im Internet werden von den Strafverfolgungsbehörden im Rahmen ihrer Zuständigkeit konsequent verfolgt. Kontrolle, Strafverfolgung und Verbote erweisen sich allein nicht nur aufgrund der dezentralen Struktur des World Wide Web, sondern auch aufgrund einer uneinheitlichen internationalen Rechtslage als nicht ausreichend. Darüber hinaus gehende Gegenstrategien (siehe auch die Antwort zu den Fragen 6 bis 9) sind deshalb auf verschiedenen Ebenen angesiedelt.

Hierzu gehören z. B.

- a) pädagogisch-präventive Maßnahmen (medienpädagogische Angebote zur Erhöhung von Medienkompetenz, politische Bildung),
- b) seriöse Informationsangebote im Internet (Internetseiten und Internetprojekte gegen Rechtsextremismus),
- c) zivilgesellschaftliche Aktivitäten im Internet (z. B. Online Flashmobs gegen rechtsextreme Seiten),
- d) technische Maßnahmen (Filtersoftware für Anwender),
- e) Beobachtung und Überprüfung des Jugendschutzes in den Informations- und Kommunikationsdiensten, Einrichtung von Meldestellen (z. B. jugendschutz.net, Aktion Kinder des Holocaust),
- f) Zusammenarbeit mit Providern (freiwillige Selbstkontrolle).

Wichtig ist, sämtliche genannten Gegenstrategien zu vernetzen und weiterzuentwickeln. Im Bereich der pädagogisch-präventiven Arbeit sind die Stärkung zielgruppengerechter und lebensweltorientierter medienpädagogischer Arbeit in Verbindung mit Ansätzen politischer Bildung zur Förderung kritischer Medienkompetenz sowie die Information, Sensibilisierung und Beratung von Bezugspersonen (Eltern und Erziehungsberechtigte, Lehrer/Lehrerinnen) von hoher Bedeutung. Der Vernetzung dient auch die vorgesehene Initiative „Forum Internet“ des BMFSFJ.

3. Welche Rolle spielt dabei jugendschutz.net?

4. Wird der aktuellen Entwicklung des Rechtsextremismus im Internet durch jugendschutz.net ausreichend entgegengewirkt, und wie begründet die Bundesregierung ihre Einschätzung?

Die Fragen 3 und 4 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

jugendschutz.net wurde 1997 von den Jugendministerien als Zentralstelle der Länder gegründet und 2003 an die Kommission für Jugendmedienschutz der Landesmedienanstalten (KJM) angebunden, um eine einheitliche Aufsicht über Rundfunk und Internet zu gewährleisten. jugendschutz.net hat den gesetzlichen Auftrag, das Internet auf Verstöße gegen den Jugendschutz zu kontrollieren und auf eine schnelle Veränderung oder Herausnahme unzulässiger Angebote hinzuwirken. jugendschutz.net recherchiert rechtsextremistische Angebote im Internet und entzieht unzulässigen Angeboten in Kooperation mit Diensteanbietern die Plattform. Ein Arbeitsschwerpunkt sind jugendaffine Internetangebote des politischen Extremismus. jugendschutz.net ist bei der Bekämpfung unzulässiger

rechtsextremistischer Inhalte im In- und Ausland sehr erfolgreich und arbeitet dabei mit staatlichen Stellen, Anbietern und Initiativen zusammen. Zudem sensibilisiert jugendschutz.net Jugendliche für das Thema und stärkt sie, sich gegen Hass im Netz zu wehren.

Die Arbeit von jugendschutz.net zu diesem Thema wurde zunächst vom BMFSFJ gefördert. Seit 2007 erfolgt die Unterstützung durch die Bundeszentrale für politische Bildung.

Die Arbeit von jugendschutz.net gegen rechtsextremistische Angebote im Internet ist effektiv und weltweit ohne Beispiel. Bei allen Anstrengungen wird es im Zeitalter des Internets aber nicht möglich sein, allen unzulässigen Angeboten die Plattform zu entziehen. Die Stelle überwacht inzwischen mehr als 1 800 jugendrelevante rechtsextreme Websites und dokumentierte dabei im letzten Jahr 400 Verstöße. Im Inland wird in 100 Prozent dieser Fälle das unzulässige Angebot gelöscht, bei ausländischen Providern, die nicht der deutschen Rechtshoheit unterliegen, beträgt die Erfolgsquote 74 Prozent.

Die Regulierung von sozialen Netzwerken und Videoplattformen ist aufgrund der Menge an nutzergenerierten Inhalten ungleich schwieriger als bei Websites. In den vergangenen Jahren hat jugendschutz.net es durch Kontakte zu allen großen Plattformbetreibern in Deutschland (z. B. schülerVZ, MyVideo) und im Ausland (YouTube/Google, Facebook) erreichen können, dass nahezu 100 Prozent der unzulässigen deutschsprachigen Beiträge zeitnah entfernt wurden. Insgesamt wurden aufgrund der Arbeit von jugendschutz.net mehr als 1 700 unzulässige rechtsextremistische Websites sowie mehr als 2 500 jugendgefährdende Videos und Profile im Web 2.0 gelöscht.

Um transnationale rechtsextremistische bzw. rassistische Hassportale zu bekämpfen, gründete jugendschutz.net 2002 das International Network Against Cyber Hate (INACH). Dieser Zusammenschluss ist so erfolgreich, dass sich ihm Partnermeldestellen aus 18 Staaten angeschlossen haben, um gemeinsam Best-Practice-Strategien auszutauschen und einzelne Seiten zu bekämpfen. Dieser zukunftsweisende Ansatz ist bisher weltweit einzigartig und eine wichtige internationale Strategie gegen Rechtsextremismus und Rassismus im Netz.

Ergänzend entwickelt jugendschutz.net Präventionskonzepte und führt Workshops durch, um Jugendliche für die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus im Internet zu stärken und sie zur Zivilcourage zu ermuntern. Präventionstage mit insgesamt mehreren Tausend Schülerinnen und Schülern in NRW sowie die Broschüre „Klickt's? Geh Nazis nicht ins Netz!“ stehen beispielhaft für diesen Sensibilisierungsansatz, der sich vor allem auch auf die neuen Entwicklungen rechtsextremistischer Propaganda im Web 2.0 bezieht. jugendschutz.net verbreitet diese Konzepte und seine Erfahrungen durch Fortbildungsreihen und Handreichungen an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren im schulischen und außerschulischen Bereich.

6. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über rechtsextreme Aktivitäten in Sozialen Netzwerken im Internet, und wie geht die Bundesregierung dagegen vor?

Das Web 2.0 spielt für die Verbreitung von Rechtsextremismus eine immer größere Rolle, weil es anonym als das klassische Web genutzt werden kann. Gerade für die Zielgruppe der Jugendlichen bietet das Web 2.0 eine Möglichkeit, eine große Nutzerschar propagandistisch zu erreichen und neue Gesinnungsgenossen zu rekrutieren.

In nahezu allen Fällen, in denen jugendschutz.net unzulässige Inhalte auf diesen Plattformen feststellte, konnte die Löschung durch die jeweiligen Plattformbetreiber erreicht werden. Im vergangenen Jahr waren vor allem Neonazi-Communitys, in denen sich Rechtsextreme aus der gesamten Bundesrepublik Deutschland vernetzten, auf dem Vormarsch. In drei Viertel der Fälle dokumentierte jugendschutz.net dort unzulässige Inhalte und konnte über einen Kontakt zu ausländischen Providern die Löschung von 40 unterschiedlichen Angeboten erreichen. Im Übrigen tragen die Sicherheitsbehörden der wachsenden Bedeutung des Web 2.0 im Rahmen der oben dargestellten Vorgehensweisen Rechnung.

7. Welche Rolle spielt der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag (JMStV) im Kampf gegen Rechtsextremismus im Internet?
8. Welche Veränderungen im JMStV gehen explizit auf die veränderte Strategie der Rechtsextremen im Web 2.0 ein?

Die Fragen 7 und 8 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Zum einen enthält der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag (JMStV) in § 4 Absatz 1 einen Katalog von unzulässigen Angeboten mit Tatbeständen, die typischerweise bei rechtsextremistischen Inhalten vorkommen. Zum anderen aktiviert er mit seinem System der regulierten Selbstregulierung das Handeln von Wirtschaft und Gesellschaft selbst, um unzulässige Inhalte von vornherein vom Netz fernzuhalten, sie anderenfalls umgehend zu entfernen und Inhalte altersgerecht zugänglich zu machen. Nach einer wissenschaftlichen Evaluierung des Staatsvertrages wurden gemeinsam mit der Internetwirtschaft und gesellschaftlichen Kräften Anforderungen an die altersgerechte Bewertung von Inhalten, die Nutzarmachung für nutzerautonome wirksame Schutzprogramme, Parameter für deren Anerkennung durch Selbstkontrolleinrichtungen und staatliche Aufsichtsbehörden sowie Privilegierungen bei der Zurverfügungstellung und Anwendung dieser Vorkehrungen entwickelt. Im Hinblick auf soziale Netzwerke wurden Anreize geschaffen, sich einem Verhaltenskodex einer anerkannten Einrichtung der freiwilligen Selbstkontrolle anzuschließen, um technische und organisatorische Bedingungen zu gewährleisten, die für eine Aufklärung der Nutzer über ihre Pflichten, eine umgehende Reaktion auf Nutzerhinweise und Beschwerden zu unzulässigen Inhalten sowie deren rasche Entfernung aus dem Angebot bürgen.

Der JMStV regelt auch die Rechtsfolgen der Indizierung von Telemedien. Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) hat 147 Telemedien indiziert, die den Nationalsozialismus verherrlichen oder verharmlosen, die kriegsverherrlichend sind und die zum Rassenhass anreizen. Nach § 4 Absatz 2 JMStV dürfen indizierte Angebote nur Erwachsenen zugänglich gemacht werden (so genannte geschlossene Benutzergruppe). Die Rechtsfolgenseite der Indizierung von Telemedien (Internetangeboten) kann bei Angeboten, deren Anbieter ihren Firmensitz im Ausland haben, regelmäßig nicht durchgesetzt werden, da deutsches Jugendschutzrecht im Ausland keine Anwendung findet. Das Jugendschutzgesetz (JuSchG) bestimmt für diese Angebote deren Filterung durch nutzerautonome Filterprogramme zu ermöglichen (§ 24 Absatz 5 JuSchG).

Zur Erfüllung des gesetzlichen Auftrages erstellt die BPjM das BPjM-Modul. Das BPjM-Modul ist eine durch die BPjM aufbereitete Datei zur Filterung der in § 24 Absatz 5 JuSchG benannten Telemedien, die sich in geeignete nutzerautonome Filterprogramme als ein Filtermodul (Blacklist) integrieren lässt. Die BPjM stellt in Kooperation mit der Freiwilligen Selbstkontrolle Multimedia-Diensteanbieter e. V. (FSM e. V.) Herstellern nutzerautonomer Filterprogramme

das BPjM-Modul zur Verfügung. Das Modul ermöglicht die Filterung der von der BPjM indizierten Online-Angebote und stellt so sicher, dass Kindern und Jugendlichen die Angebote nicht zugänglich sind.

Der Schwerpunkt der Veränderungen im JMStV dient der Optimierung des altersdifferenzierten Zugangs zu entwicklungsbeeinträchtigenden Inhalten. Unzulässige rechtsextreme Angebote unterliegen in der Regel absoluten Verbreitungsbeschränkungen. Deutsche Plattformbetreiber waren und sind nach Kenntnis dieser Inhalte zur sofortigen Löschung verpflichtet.

9. Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung zur Stärkung der Medienkompetenz von Jugendlichen und Kindern im Kampf gegen Rechtsextremismus im Internet?

Neben den gesetzlichen Regelungen und den Maßnahmen der freiwilligen Selbstkontrolle ist die Vermittlung und Stärkung der Medienkompetenz eine wichtige Voraussetzung für einen effektiven Jugendmedienschutz. Medienkompetenz beginnt in der Familie, denn Kinder lernen in erster Linie von ihren Eltern. Deshalb ist es umso wichtiger, Eltern, aber auch pädagogische Fachkräfte, in deren Vorbildfunktion und damit in deren Medienkompetenz und Verantwortung für Kinder und Jugendliche zu unterstützen und zu stärken. Dieses sind entscheidende Ziele der Initiative „SCHAU HIN! Was Deine Kinder machen.“, die das BMFSFJ gemeinsam mit ARD, ZDF, dem Telekommunikationsunternehmen Vodafone und der Programmzeitschrift TV Spielfilm durchführt. Die Initiative hat die Aufgabe, Eltern und Erziehende zu unterstützen, ihre Kinder bei der Nutzung elektronischer Medien verantwortungsbewusst anzuleiten. Kernzielgruppe der Initiative sind alle Eltern und Erziehenden in Deutschland mit Kindern im Alter zwischen 3 und 13 Jahren. Auch das Projekt „Jugend online“ des BMFSFJ mit dem Jugendportal netzcheckers.de und den ca. 100 angeschlossenen Partnerportalen verfolgt das Ziel, Jugendliche problemorientiert darüber zu informieren und darauf zu trainieren, mit problematischen Inhalten qualifiziert umzugehen. Darüber hinaus werden zahlreiche Ratgeber herausgegeben.

Die Förderung eines medienkompetenten Umgangs mit Rechtsextremismus im Internet ist auch eine wichtige Säule der von der Bundeszentrale für politische Bildung geförderten Arbeit von jugendschutz.net. Dabei geht es auch um die Stärkung von Jugendlichen für eine Auseinandersetzung mit Inhalten im Web 2.0. Ziel ist, dass junge Nutzer rechtsextreme Hassparolen erkennen, Propagandastrategien durchschauen und motiviert werden, selbst Zeichen für Toleranz und Demokratie zu setzen. Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) hat gemeinsam mit dem BMFSFJ sowie Unternehmen der Internetwirtschaft die Initiative zum Aufbau eines geschützten Netzes für Kinder ergriffen.

In diesem Surfraum, der bereits etwa 8 000 Domains umfasst, die alle von einem Redaktionsteam aus Medienpädagogen geprüft und überwacht werden, können Kinder selbstbestimmt mit für sie geeigneten interessanten Angeboten Medienkompetenz bei Suchen, Auswahl und Nutzung von Internetangeboten erlernen. Das auch international anerkannte Projekt wird von wichtigen Anbietern im Internet getragen. BKM und BMFSFJ fördern mit dem Netz für Kinder gemeinsam innovative und qualitativ besonders hochwertige Angebote für Kinder im Internet, die unter anderem gesellschaftliche, für Kinder interessante Themen aufgreifen und zu aktivem Handeln, zu politischer Partizipation und zum Kennenlernen anderer Länder und Kulturen beitragen. In diesem Rahmen werden auch moderierte Chats unterstützt, die sich mit gesellschaftlichen Themen in einer kindgerechten Form beschäftigen.

Auch im Rahmen der aktuellen Bundesprogramme „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ und „kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ werden Strategien gegen Rechtsextremismus im Internet erprobt und umgesetzt. Hierzu gehören

- medienpädagogische Angebote für junge Menschen zur Stärkung von Medienkompetenz in Verbindung mit Ansätzen politischer bzw. politisch-historischer Bildung (Durchführung eigener Internetrecherchen z. B. zur Lokalgeschichte, Mitarbeit an der Entwicklung von Multimedia-CDs zum Thema „Antisemitismus“ etc.),
- Information, Sensibilisierung und Beratung von Eltern und Erziehungsberechtigten sowie professionelle Fachkräften zu rechtsextremen Aktivitäten im Internet,
- Erprobung und (Weiter)Entwicklung neuer Ansätze z. B. der aufsuchenden Jugendarbeit im Internet, in der junge Internetnutzer/-nutzerinnen in Foren aktiv angesprochen werden,
- Angebot attraktiver internetbasierter Informations- und Beratungsangebote bzw. Gegenangebote zum Thema „Rechtsextremismus“ (Informations- und Kommunikationsplattformen),
- Beobachtung der rechten Szene und ihrer internetgestützten Aktivitäten sowie weiterführende Aktivitäten (Kommentierung und Meldung rechtsextremer Inhalte).

10. Welche Anstrengung unternimmt die Bundesregierung auf internationaler Ebene, um rechtsextremen Gewaltaufrufen, rechter Propaganda und volksverhetzenden Schriften im Internet entgegenzuwirken?

Deutschland hat das Zusatzprotokoll zum Übereinkommen über Computerkriminalität betreffend die Kriminalisierung mittels Computersystemen begangener Handlungen rassistischer und fremdenfeindlicher Art unterzeichnet. Zudem konnte man sich auf den EU-Rahmenbeschluss zur strafrechtlichen Bekämpfung bestimmter Formen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit unter deutscher Ratspräsidentschaft einigen. Ein entsprechender Gesetzesentwurf zur Ratifikation des Zusatzprotokolls und zur Umsetzung der internationalen und europäischen Vorgaben in deutsches Recht wird gerade innerhalb der Bundesregierung und mit den Ländern und Verbänden abgestimmt. Darüber hinaus beteiligt sich Deutschland aktiv an dem von der EU-Kommission organisierten Erfahrungsaustausch, mit dem die Umsetzung des Rahmenbeschlusses zur strafrechtlichen Bekämpfung bestimmter Formen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in allen EU-Mitgliedstaaten gefördert werden soll. Gegen die Verbreitung von in Deutschland unzulässigen Inhalten, die von im Ausland ansässigen natürlichen oder juristischen Personen angeboten werden, können die nach dem Rundfunkstaatsvertrag zulässigen Maßnahmen von den zuständigen Landesbehörden ergriffen werden.

13. Welche Anstrengungen unternimmt die Bundesregierung gemeinsam mit dem Land Nordrhein-Westfalen, um juristisch gegen die Homepage der Kameradschaft Aachener Land vorzugehen, auf der u. a. zur Meldung von Bürgerinnen und Bürgern aufgerufen wird, die aktiv Rechtsextremismus bekämpfen?

Die Internetpräsenz der Kameradschaft Aachener Land (mit wechselnden URL – Uniform Resource Locator) ist der Bundesregierung seit Ende 2001 bekannt. Aktuell ist die Domain anonym über einen Provider mit Sitz in Hongkong

registriert. Weitergehende Erkenntnisse liegen der Bundesregierung nicht vor. Im Übrigen wird auf die vorstehenden Antworten verwiesen.

14. Welche weiteren Internetseiten dieser Art sind der Bundesregierung bekannt und wie gedenkt sie, gegen die Betreiber dieser Seiten vorzugehen?

Die Bedeutung dieser Internetseiten ist – von wenigen gewichtigen Ausnahmefällen abgesehen – eher gering. Anhaltspunkte für einen perspektivischen Aufwuchs sind nicht erkennbar. Im Übrigen wird auf die vorstehenden Antworten verwiesen.